

***New Left Review*: Politisch-ökonomische Analysen**

New Left Review (NLR) erscheint seit 1960 als zwei-monatliche Zeitschrift, ursprünglich konzipiert als Diskussionsorgan der britischen ‚Neuen Linken‘ (Stuart Hall, Perry Anderson, E.P. Thompson u.a.). Heute ist NLR eine international sehr renommierte linke Zeitschrift mit nahezu globaler Reichweite (Ausgaben in Englisch und Spanisch). Überwiegend geht es um polit-ökonomische Analysen und Alternativen, aber auch um Literatur, Kunst, Ästhetik und interessante Buchbesprechungen. Seit Dezember 2020 gibt es *NLR-Sidecar*, also einen ‚Beiwagen‘ zum Magazin, um zwischen den Ausgaben schneller mit Qualitätsartikeln reagieren zu können.

Auf den Internetseiten sind viele Artikel kostenlos erhältlich und die nachfolgend besprochenen Ausgaben (NLR 138 & 139) bieten viel zum Thema Klassenanalyse.¹ Robert Brenner (Autor von ‚The Economics of Global Turbulence‘, 2006) und Dylan Riley stellen in NLR 138 ihre gemeinsamen sieben Hypothesen zur US-Politik vor. Die Politik von Biden bezeichnen sie als ‚wachstumslosen Keynesianismus ohne Wohlstand‘ in einer neuen Phase der kapitalistischen Akkumulation, die aus dem langen Abschwung der Weltwirtschaft seit den 1970er Jahren hervorgeht. „Unter dem politischen Kapitalismus ist die rohe politische Macht und nicht die produktive Investition der entscheidende Faktor. (...) Dazu gehören eine wachsende Zahl von Steuererleichterungen, die Privatisierung öffentlicher Güter zum Schnäppchenpreis, Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte zu Schleuderpreisen, quantitative Lockerung und ultra-niedrige Zinssätze, um Börsenspekulationen zu fördern (...) und, ganz entscheidend, massive Staatsausgaben, die direkt auf die Privatwirtschaft abzielen (...). Sie ermöglichen Renditen nicht auf der Grundlage von Investitionen in Anlagen, Ausrüstungen, Arbeit und Inputs zur Erzeugung von Gebrauchswerten (...).“ (Übersetzung aller Zitate durch den Autor)

Brenner und Riley geht es bei ihrer Klassenanalyse u.a. um die Differenzierungen zwischen Qualifikation, Herkunft, Ethnizität und Geschlecht sowie um die Frage, wie sich diese Differenzierungen im Wahlverhalten niederschlagen. In NLR 139 antwortet Matthew Karp kritisch darauf. Er fragt, warum ein Teil der ‚Blau Männer-Arbeiterklasse‘ inzwischen im Trump-Lager ist. „Linke Angriffe auf die vermeintliche Nostalgie für die ‚historische Arbeiterklasse‘ oder die Feier einer ‚neuen‘ oder ‚eigentlichen‘ Arbeiterklasse“ böten „wenig mehr als eine schicke Artikulation der real existierenden Politik des Demokratischen Nationalen Komitees“ der Demokratischen Partei.

Um Klassenanalyse im weiteren Sinne geht es auch in anderen Beiträgen. Der ukrainische Soziologe Volodymyr Ishchenko (NLR 138) kritisiert das Narrativ einer „Entkolonisierung“ der Ukraine und fragt, wie eine Alternative aussehen könnte, in der die Ukraine als ein „paradigmatischer Fall“ einer globalen Krise erscheint: Dies würde bedeuten, „die typische post-sowjetische teleologische liberale Erzählung von ‚Modernisierung‘ aufzugeben, die unter dem Deckmantel

¹

<https://newleftreview.org/>, <https://newleftreview.org/sidecar>; *New Left Review*, 138 u. 139, 11,80 £.

der ‚Entkolonialisierung‘ von uns verlangt, eine weit unterlegene koloniale Position zu verinnerlichen.“ Stattdessen lasse sich die Ukraine als Teil der sowjetischen Geschichte verstehen, d.h. als Teil der „größten sozialen Revolution und Modernisierung in der Menschheitsgeschichte“. Millionen von Ukrainern hätten im Zweiten Weltkrieg große Opfer für den Sieg über Nazideutschland gebracht. Und weiter: „Die Massenmorde und der Autoritarismus des staatssozialistischen Regimes werden allgemein anerkannt; aber sie auszunutzen, um das Ausmaß der sowjetischen Errungenschaften zu schmälern, hieße, Arbeit, Blut und Leiden der ukrainischen Bevölkerung als bedeutungslos hinzustellen.“

Der Soziologe *André Singer* (*NLR* 139) liefert eine interessante Analyse zu Brasilien und Lulas Wiederkehr: „Die wirtschaftliche Lage Brasiliens in Verbindung mit der weltweiten Rezession und dem Inflationsdruck machten es für Lula zwingend erforderlich, bis Anfang 2023 eine Haushaltssanierung zu erreichen. (...) Die fiskalische Verfassungsänderung aus dem Jahr 2016 schrieb eine sehr strenge Obergrenze für die öffentlichen Ausgaben vor.“ Da Lula mangels eigener Mehrheit für die PT mit bürgerlichen Kräften regiert, „zerre es an den Nähten“ seines klassenübergreifenden Flickenteppichs.

Cédric Durand schreibt in *NLR* 138 über die Zukunft des Finanzkapitalismus. Im Anstieg der Inflation im Jahr 2022 und den Reaktionen darauf sieht er Geburtswehen eines neuen makroökonomischen Regimes. Zuvor übermäßig angehäuftes fiktives Kapital könnte demnach vernichtet werden. Allerdings sei das Finanzwesen schon immer gut darin gewesen, die Regierungen von Nationalstaaten zu erpressen, damit diese Hilfen für notleidende Banken und Investoren leisten. Die aus rein marktwirtschaftlicher Sicht zu erwartende Abwertung von Finanzwerten (die staatlichen Rettungsaktionen nach der Finanzkrise 2007-2009 sollten sich ja eigentlich nicht mehr wiederholen) werde auch diesmal nicht eintreten.

Perry Anderson und *Bryan Palmer* erinnern in *NLR* 139 an *Mike Davis* (1946-2022). Anderson gedenkt außerdem seines Kollegen *Tom Nairn* (1932-2023), mit dem er 1962 einen viel beachteten Beitrag zur unvollständigen bürgerlichen Revolution im Vereinigten Königreich schrieb. Nairn war ein marxistisch orientierter Autor, der vielen als ‚Vater‘ der schottischen Unabhängigkeitsbewegung gilt. Doch so einfach ist das nicht: Er hatte die reale Verfasstheit des UK als archaisch kritisiert und für eine Neugründung geworben (Dezentralisierung: mehr Autonomie für Schottland, Wales und auch England; Abschaffung der Monarchie usw.). Auf *NLR Sidecar* gibt es einen Nachruf auf den marxistischen rumänisch-ungarischen Ökonomen *Gáspár Miklós Tamás* (1948-2023), der ein harter Gegner des Regimes von Viktor Orbán war.

Thomas Meany seziert Bidens ‚Inflation Reduction Act‘ kompetent und kritisch, ebenso den ‚Green New Deal‘, wie von ‚progressiven Kräften‘ in den USA und der EU propagiert wird. *Philip Cunliffe* und *Christopher Bickerton* analysieren in jeweils eigenen Beiträgen den Brexit und die Folgen aus staatstheoretischer wie sozial-ökonomischer Sicht. *Ekaitz Cancela* und *Pedro M. Rey-Araújo* schreiben zu den Lehren aus dem Podemos-Experiment in Spanien.

***Marxistische Blätter:* Sozialismus, Frieden, Antifaschismus**

Anlässlich des 100. Jahrestags der Gründung der Sowjetunion im Dezember 1922 befassen sich die *Marxistischen Blätter* in Heft 1/23¹ mit drei Themenschwerpunkten, erstens mit dem historischen Erbe der UdSSR, zweitens Aspekten des historischen und eines künftigen Sozialismus sowie drittens mit der Situation im heutigen Russland angesichts des Ukrainekriegs. Im Rahmen des ersten Teils erinnert der indische Historiker *Vijay Prashad* an die Hoffnung, die die Gründung der Sowjetunion bei den kolonisierten Völkern auslöste. Er hebt mehrere Punkte hervor, die den neuen Staat attraktiv machten, darunter die Überwindung von Fremdherrschaft und des Großgrundbesitzes, die Ablehnung von Kriegen, Initiativen zur Massenbildung und schließlich die Gleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie von Frauen und Männern. Als Zeitzeuge hat *Victor Grossmann*, Jahrgang 1928, die Höhen und Tiefen der kommunistischen Bewegung erlebt, einschließlich des späten Stalinismus. Ungeachtet der Niederlagen warnt er vor den Gefahren, denen sich die Menschheit heute gegenüber sieht, nämlich einem drohenden Weltkrieg, faschistischen Tendenzen und der Zerstörung der Umwelt. Es müssten jene 200 Konzerne enteignet werden, die die Welt beherrschten und die zu den Hauptverursachern der Menschheitsprobleme gehörten. *Frank Deppe* beschreibt die föderalen Anfänge im Vielvölkerstaat Sowjetunion und den Niedergang des Föderalismus in Bürokratie und Zentralismus. Gert Meyer untersucht die demografische Zusammensetzung der KPdSU in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren. Die Mitglieder gehörten demnach verschiedenen Nationalitäten an, sie stammten mehrheitlich aus der Arbeiterklasse, nur 14 Prozent von ihnen waren Frauen. Weitere Beiträge stammen von *Dietmar Dath*, *Georg Fülberth* und anderen.

Der zweite Teil enthält einen Auszug aus *Klaus Dörres* Buch über *Die Utopie des Sozialismus*, die vor allem darauf gerichtet ist, die ökologisch-ökonomische „Zangenkrise“ kapitalistischer Gesellschaften zu überwinden. *Georg Fülberth* und *Lucas Zeise* formulieren zentrale Merkmale eines Sozialismus. Das Scheitern des historischen Sozialismus führen die Autoren u.a. darauf zurück, dass die Planwirtschaft kein „Instrument gemeinschaftlicher Selbstverfügung der Produzenten“ (S. 76) gewesen sei. Überraschend und begründungsbedürftig ist die These, dass die Volksrepublik China inzwischen zum Kapitalismus zurückgekehrt sei, zumal *Deborah Venezia* im gleichen Heft das spezifische Entwicklungsmodell Chinas lobt. Die Historikerin *Dirte Gerns* verteidigt die frühe sowjetische Nationalitätenpolitik, Lenins Konzept nationaler Selbstbestimmung und seine Förderung ukrainischer Kultur gegen die Kritik des heutigen russischen Präsidenten Wladimir Putin. In dieselbe Richtung argumentiert *Roger Markwick*. Er schildert, wie Christian Rakowski (1873-1941), der Regierungschef der Ukrainischen Sowjetrepublik um den Föderalismus und gegen den großrussischen Chauvinismus kämpfte. Als Mit-

¹ *Marxistische Blätter*, 1 u. 2/23, <https://www.marxistische-blaetter.de/>, 12,50 Euro pro Heft.

glied der Linken Opposition unterlag Rakowski in der Auseinandersetzung mit Stalin und wurde 1941 vom NKWD erschossen. *Volkmar Schöneburg* schildert die Entwicklung der sogenannten gesellschaftlichen Gerichte in der DDR und deren potenzielle Bedeutung für eine progressive Justizreform zur Vermeidung von Strafe.

Im dritten Teil werden Beiträge russischer Autoren dokumentiert. Einige Artikel entstammen der KPRF-nahen Zeitung „Swobodnaja Pressa“, wo teilweise, wie die Redaktion der Marxistischen Blätter einräumt, „extrem nationalistische“ Positionen (Editorial) publiziert werden. Und es ist in der Tat erschütternd, dass sich Politiker und Intellektuelle, die der KPRF angehören oder ihr nahestehen reaktionäre, rechtskonservative und „vaterländische“ Ansichten zu eigen gemacht haben. So plädiert *Wladimir Kaschin* für eine „Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Geiste des Patriotismus, der Liebe zu ihrem großen und kleinen Vaterland, der Liebe und des Respekts für ihr Volk“ (S. 116). *Wladimir Moshegow* lobt „Putins konservative Revolution“ und vertritt die Verschwörungsideologie, die Anschläge des 11. September 2001 seien von der CIA und dem Mossad begangen worden. Er beklagt allen Ernstes die „Untergrabung des Glaubens und der traditionellen Werte“ durch „Satanismus“, „Transhumanismus und Gender-Philosophie“ (S. 122). KPRF-Chef *Gennadi Sjaganow* versteigt sich zu der absurden Behauptung, der russische Angriff diene dazu, „das ukrainische Volk“ von einem „Neonazi-Regime“ zu befreien (S. 133). Auch er verurteilt eine angebliche „jahrelange Politik der Unterdrückung des Patriotismus“ und ein „Aufzwingen westlicher ‚Werte‘“ (ebd.). Maßgebliche Teile der KPRF und der sogenannten patriotischen Linken scheinen zum Anhängsel der Regierung herabgesunken zu sein und diese noch rechts überholen zu wollen. Aber der Schwerpunkt enthält auch kritische Beiträge, etwa von *Ilya Matveev* über die Fehlkalkulationen der Regierung und die ökonomischen Folgen des Krieges, von *Boris Kagarlitzky* über Russen, die das Land verlassen und über die Desaster des Krieges sowie von *Alexander Kortschagin* über die Antikriegsbewegung an russischen Universitäten.

Heft 2/23 widmet sich der „antifaschistischen Strategie (1923-2023) und knüpft mit einigen Aufsätzen an die vorangegangene Ausgabe an, in denen es um Bündnispolitik und Antifaschismus vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges geht. Übereinstimmend plädieren *Ulrich Schneider* und *Ulrich Sander* für eine unzweideutige und klare Abgrenzung der Friedensbewegung von der AfD und anderen neofaschistischen Kräften. *Joe Lauria* untersucht den Einfluss faschistischer Kräfte in der Ukraine, der z.T. bis in Regierungskreise zu reichen scheint – eine Aussage, die etwas völlig anderes ist als die Behauptung, in der Ukraine herrsche ein „Neonazi-Regime“. Weitere Texte befassen sich mit der Sozialdemagogie des Faschismus (*Anne Rieger*), rechten Kräften in Ostdeutschland (*Maria Krüger*), der aktuellen italienischen Ministerpräsidentin, die sich in die Tradition Benito Mussolinis stellt (*Gerhard Feldbauer*) und mit gewerkschaftlichen Gegenstrategien (*Andreas Buderus*, *Matthias Fritz*). In einer Beilage ist der Bericht über den Kampf gegen den Faschismus nachzulesen, den *Clara Zetkin* 1923 dem Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale erstattet hat.

Michael Zander

antifa: Praktischer Antifaschismus und theoretische Fundierung

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *antifa – Magazin für antifaschistische Politik und Kultur*, herausgegeben vom Bundesausschuss der VVN-BdA Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.¹, ist ein wichtiges Kommunikationsmittel der Bewegung, das in vielfältiger Weise Mitgliedern und Sympathisanten Wissen und Nachdenkenswertes an die Hand geben will. Das Magazin und seine Internet-Präsenz zeichnen sich durch eine Vielfalt politologischer und historischer Anregungen und Lektüreverweise aus, die in ihrer Fülle und Knappheit vor allem Aufforderung zum Weiterlesen und Durchdenken sind.

Gleichzeitig berichtet das Magazin aus den Landesverbänden sowie über Aktionen und damit verbundene Bedrohungen und Herausforderungen. So entsteht das Bild eines lebendigen Antifaschismus, der nicht allein aus der Opferreichen und oft komplizierten Geschichte lebt, sondern der auch die aktuellen politischen Auseinandersetzungen praktisch gestaltet. In einer sich demokratisch gebenden bundesdeutschen Gesellschaft fällt es umso mehr auf, dass sich Neonazis und Rassisten nicht nur aus den Reihen der Ewiggestrigen am rechten Rand rekrutieren. Gerade die Mitte der Gesellschaft ist anfällig für rechtes Gedankengut und toleriert entsprechende Aktivitäten. Und dass diese Einstellung auch in den staatlichen Machtorganen und bei manchem ihrer Vertreter in Polizei und Justiz zu finden ist, macht die Aufklärung und Verhinderung solcher Aktivitäten zu einer ständigen Herausforderung. Ebenso dokumentieren die Berichte der Zeitschrift, dass es über den engeren Kreis linker Antifaschistinnen und Antifaschisten mit und ohne Parteibuch hinaus eine Bewegung gibt, die sich antidemokratischen Bedrohungen entgegenstellt.

Auch wenn aus verständlichen Gründen die aktuelle Auseinandersetzung um den Ukraine-Krieg in der antifaschistischen Arbeit eher eine Nebenrolle spielt, scheut sich die Zeitschrift nicht, Position zu beziehen. *Max Schneider* legt im Januar/Februar-Heft ein Dossier zum „Holodomor“ vor, das sich mit den Beschlüssen des Bundestages und des Europaparlaments zu den politisch ausgelösten Hungersnöten 1932/33 in der Sowjetunion befasst. Trotz gewisser Relativierungen, die Schneider in der Bundestagsresolution ausmacht, wird dort von einem gegen das ukrainische Volk gerichteten Völkermord gesprochen. Das Dossier macht deutlich, dass geschichtspolitische und in der Wissenschaft strittige Fragen nicht politisch entschieden werden können. Der Autor liefert indessen Fakten, um die damaligen Ereignisse einzuordnen und zu erklären, warum die deutsche Politik ukrainische Narrative gegen die einstige Sowjetunion, ihren Sozialismusversuch und gegen das heutige Russland in Stellung bringt.

¹ *antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur*, H. Jan./Feb. 2023, 3,50 Euro, <https://antifa.vvn-bda.de/>.

Völlig zurecht verweist der Autor darauf, dass „historische Massenverbrechen (...) benannt werden (müssen), egal von wem sie verübt wurden.“ Letztlich instrumentalisierten aber ukrainische Nationalisten die damaligen Fehler und Verbrechen im Rahmen einer von Stalin umgesetzten Politik zur Industrialisierung, „Arbeitskräftegewinnung“ und Aufrüstung in ihrer brutalsten Form. „Die Hungerkatastrophe war das Ergebnis einer forcierten Industrialisierung auf dem Rücken der bäuerlichen Bevölkerung.“ Im Unterschied zu den Kiewer Behauptungen, die nun der Bundestag faktisch übernommen hat, handelte es sich bei den Opfern der verhängnisvollen stalinistischen Politik um Menschen aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion. Insbesondere in den Landwirtschaftsgebieten der Ukraine, aber auch Russlands und Kasachstans gab es, so der Autor, mindestens sieben Millionen Tote. Wissenschaftliche Quellen gehen heute von knapp zehn Millionen Toten aus, die Hälfte von ihnen stammte aus der Ukraine, die anderen aus den russischen und kasachischen Gebieten. „Eine Engführung der Ursachen für das massenhafte Verhungern der Menschen in der Ukraine auf Nationalitätenkonflikte wird der Komplexität historischer Zusammenhänge genauso wenig gerecht, wie die Bagatellisierung als angeblich natürliche Hungersnot.“ Leider fällt die Ursachenforschung im Artikel insofern oberflächlich aus, als Stalins Politik der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft in der Darstellung etwas voraussetzungslos daherkommt. Wenig wird nach den gesamtpolitischen, also vor allem internationalen Rahmenbedingungen und deren Wahrnehmung in der Sowjetunion gefragt.

Schneider lässt aber keinen Zweifel am instrumentellen Charakter heutiger Geschichtsdeutungen aufkommen: „Letztlich soll die Qualifizierung des ‚Holodomors‘ als Genozid auch den Weg bereiten, um den jetzigen Krieg als (wiederholten) Völkermord der Russen an den Ukrainern einzuordnen.“ Die politische Instrumentalisierung von Geschichte ist in diesem Fall nicht auf die Ukraine eingegrenzt, sondern betrifft auch die politische Motivierung der Bundesrepublik und der anderen westlichen Verbündeten in diesem Krieg.

Der Autor weist auf den verhängnisvollen Nebeneffekt geschichtsrevisionistischer Gleichsetzungen und der zunehmend inflationären Verwendung des Völkermordbegriffs hin, nämlich die Relativierung der singulären Massenmorde der deutschen Faschisten an den Juden und anderer Bevölkerungsgruppen. Schneider sieht die Gefahr, dass mit der jüngsten Verschärfung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches zur Volksverhetzung politisch missliebige Interpretationen der Geschichte kriminalisiert werden könnten, dass also der Paragraph nicht nur gegen rechte Holocaustleugner angewandt werden könnte, sondern auch gegen Positionen, die Ursachen und Charakteristika des „Holodomor“ anders einschätzen als der Bundestag.

Stefan Bollinger

Das Argument: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!

Das Argument unternimmt den lohnenden Versuch einer Zwischenbilanz des russisch-ukrainischen Krieges aus linker und friedenspolitischer Sicht – mit zahlreichen Beiträgen aus sechs verschiedenen Ländern.¹ „Das erweitert den Blick über den deutschen Kirchturm hinaus, legt aber in dem einen oder anderen Fall auch kontroverse Sichtweisen offen. Solche Widersprüche sind auszuhalten, zumal in den friedenspolitisch entscheidenden Punkten dann letztlich doch Konsens besteht“, schreibt *Peter Wahl* im Editorial. „Denn Deutschland steht im Krieg – nicht direkt militärisch und in streng völkerrechtlichem Sinne, aber verfolgt man die großen Medien, wird der Eindruck erweckt, es verlief hier die Heimatfront“ (13).

Aufs Thema stimmen drei Kommentare ein, die sich dem kriegsbegeisterten Mainstream aus ganz unterschiedlichen Richtungen entgegenstellen: *Natalie Weidenfeld* ironisiert „die leidenschaftliche Rage, mit der kultivierte Bürger nach Waffen rufen“ (9), *Christoph Türcke* konstatiert nüchtern, die Ukraine müsse sich zwar verteidigen, aber: „gewinnen“ könne sie den Krieg nicht (12). Und schließlich der bewegende letzte Kommentar der jüngst verstorbenen *Antje Vollmer*, Mitglied der Partei „Die Grünen“ und frühere Bundestagsvizepräsidentin, die kenntnisreich kritisiert, dass und wie die Friedenschancen, die sich nach dem Ende der Blockkonfrontation 1990 in Europa boten, nicht genutzt und leichtfertig oder absichtsvoll verspielt und sogar, wie *Wolfgang Fritz Haug* in seinem vorangestellten Kommentar zu Vollmer schreibt, vom „Westen“ zu „seinem vermeintlichen Endsieg umgemünzt“ wurden – eine Position, die Vollmers heutigen prominenten Parteifreund:innen im Magen liegen müsste (2ff.). Das Erfrischende an diesem Kommentar: Er widersteht dem „bellizistische[n] Tenor einer geballten veröffentlichten Meinung“ (*Habermas*), demgegenüber heutzutage auch manche linken Stellungnahmen schwach werden.

Susan Watkins charakterisiert Moskaus Krieg gegen die Ukraine als „neoinperialistischen Eroberungs- oder Teilungskrieg“ (27), der aber Teil eines internationalen Krieges sei mit unterschiedlichen Akteuren und unterschiedlichen Ebenen. Im Grunde fänden mehrere Kriege statt. Um diesen Krieg zu verstehen, müsse seine Vorgeschichte und der globale Zusammenhang berücksichtigt werden.

Dies versuchen mehrere Beiträge dieses Hefts. Es ist, wie sich zeigt, ein Wandeln auf schmalen Grat. Wer Russland verurteilt, aber gleichzeitig die Mitverantwortung der NATO und „des Westens“ in den Blick nimmt, hat Kritik zu gewärtigen, auch in linken Debatten. *John P. Neelsen* stellt den Ukraine-Krieg in den Zusammenhang mit dem historischen Niedergang westlicher Hegemonie, gegen den die westliche Führungsmacht USA – in die Defensive geraten – „mit

¹ *Das Argument*, H. 340, Mai 2023, Themenschwerpunkt „Ukraine-Krieg – Weltordnungskrieg? Fronten, Folgen, Formen – Eine Zwischenbilanz“. 314 Seiten, 13 Euro.

allen Mitteln“ kämpfe (50). So gesehen könne „die russische Intervention ... nur als Akt *strategischer Verteidigung* interpretiert werden“ (53). Die Fakten, mit denen Neelsen die Aktivitäten der NATO beschreibt, sind nicht von der Hand zu weisen und werden auch von anderen Autor:innen genannt. Seine zentrale Schlussfolgerung wird trotzdem Widerspruch auslösen.

Klaus Dörre, der die Rolle der NATO in der Vorgeschichte des Krieges ebenfalls herausarbeitet, betont, anders als Neelsen: „Wie man es auch dreht und wendet, die Verantwortung für die Kriegsentscheidung liegt allein und ausschließlich beim Putin-Regime“ (91). Der „russische Angriff auf die Ukraine“ sei ein „Bruch des Völkerrechts“, und er müsse „selbstverständlich“ „in imperiale Rivalitäten eingeordnet werden“. Zudem gebe es „Kontinuitäten einer russischen Gewaltgeschichte“ auch schon seit der „Sowjetzeit“ und davor, die zu berücksichtigen seien. Aber es gebe in manchen anderen Analysen ein bestimmtes „Grundmuster“, Positionen, in denen der „westliche Anteil an der Eskalationsspirale derart überakzentuiert [werde], dass der Eindruck einer Täter-Opfer-Umkehrung entsteht“, wonach „Putin und Moskau stets nur auf das [reagierten], was der Westen (...) vorexerziert habe“ (89). Diese „Täter-Opfer-Umkehrung“ sieht er z. B. in einem Beitrag von *Erhard Crome* in Z 130 und auch bei Peter Wahl in *sozialismus*, 11/2022. Allerdings schreibt Crome in Z: „Es war der Westen, der unmittelbar nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Krieg wieder zu einem ‚normalen Mittel‘ der internationalen Politik gemacht hat. Russland folgt dem nun, mit über zwanzigjährigem Abstand. (...) Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine kann nur als offener Bruch des Völkerrechts qualifiziert werden, als Versuch, Krieg ‚als Werkzeug nationaler Politik‘ zu benutzen. Es gibt jedoch kein ‚Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht‘. Die Lügen und Verbrechen der USA entlasten die von Putins Russland in keiner Weise.“ Den letzten Satz zitiert Dörre auch in einer Fußnote. Dann bleibt aber die Frage, wieso das eine „Täter-Opfer-Umkehrung“ sein sollte. In anderen öffentlichen Stellungnahmen gibt es jedoch diese „Täter-Opfer-Umkehrung“ und wird der „westliche Anteil an der Eskalationsspirale“ überakzentuiert, bei Crome jedoch sicher nicht.

Wahl zieht in seinem Editorial ein Zwischenfazit: Er benennt die destabilisierenden und eskalierenden Entscheidungen der NATO-Politik (Osterweiterung usw.), hebt aber auch die „neue Qualität militärischer Gewaltanwendung“ Russlands hervor, die nicht nur das Völkerrecht bricht, sondern auch Eskalation in Kauf nimmt oder antreibt, die gleiche Eskalation, die auch USA und NATO befeuern. Deshalb, so Wahl, „lässt sich die Kriegsschuldfrage im Ukraine-Kriege ebenso wenig erst auf den 24. Februar 2022 noch auf Moskau allein reduzieren“ (16).

Eine differenzierte Sicht zeigt auch der Beitrag von *Alexej Gromyko* (Enkel des früheren sowjetischen Außenministers *Andrej Gromyko*). Es ist der Redaktion zu danken, dass sie diesen kompetenten russischen Beitrag in das Heft aufgenommen hat. Gromyko charakterisiert den Krieg als einen „Stellvertreterkrieg“ (174), dessen Dynamik Parallelen aufweise zu einer lang zurückliegenden und

ebenfalls sehr gefährlichen Krise. „Das entscheidende Problem ist jedoch, dass die Ukraine-Krise die schleichende Tendenz hat, in Richtung Kuba-Krise 2.0 zu driften“ (175).

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag der indischen Autorin *Anuradha Chenoy* (36ff.), der die Perspektive des Globalen Südens einbringt. Gerade im bellizistischen Mainstream werden die Dinge allzu oft und ausschließlich aus dem beschränkten Blickwinkel des „Westens“ erörtert. Dabei wird übersehen, dass alleine die 25 wirtschaftlich größten Länder außerhalb der USA und Europas, die sich im globalen Konflikt zwischen USA/NATO und Russland/China neutral verhalten, 45 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar brachte das kürzlich so auf den Punkt: „Europa muss aus der Denkweise herauswachsen, dass die Probleme Europas die Probleme der Welt sind.“ Chenoy unterstreicht genau das. Auch für sie ist der Ukraine-Krieg Teil eines Globalkonflikts, eines „Kampfes um Hegemonie der Großmächte“ (37). Aus ihrer Analyse spricht ein gewachsenes Selbstvertrauen, dem eine „Verschiebung der geopolitischen Machtverhältnisse in Richtung Globaler Süden“ zu Grunde liege. „Der überwiegende Teil des Globalen Südens“ habe „die Wahl getroffen, sich vom neuen Kalten Krieg fernzuhalten“ (49). Ihr Fazit: „Würde der Globale Süden kollektiv seine Sorgen über existenzielle Bedrohungen wie Klimawandel, ökologische Verwüstung, Ungleichheit und zunehmende Militarisierung artikulieren und dabei *Einheit in Vielfalt* praktizieren, könnte er die Welt zu einem besseren Ort für sich machen.“ (ebd.)

Die Hoffnung, die darin liegt, kann mit Blick auf europäische Staaten und insbesondere Deutschland nicht geteilt werden, wenn sich diese Länder als Teil des „Westens“ weiter im Kielwasser der USA am militärischen und wirtschaftlichen Krieg beteiligen – so die Sicht von *Wolfgang Streeck*. Er charakterisiert Deutschland als „semi-souveränen Staat“. Der Krieg in der Ukraine habe „den USA unter Biden nun eine ideale Gelegenheit“ geboten, „den Deutschen und den ihnen gelegentlich nachfolgenden Europäern die Zügel anzuziehen“ (132). Der Ukraine-Krieg sei für die USA die Gelegenheit, „die Westeuropäer als geopolitische Hilfstruppe (...) auf Vordermann zu bringen“ (136). Deshalb sieht Streeck für Deutschland ein „böses Erwachen“ heraufziehen. Es werde in Zukunft unmöglich sein, dass Deutschland „im Windschatten der Weltgeschichte und unpolitisch sein Produktionsmodell“ pflegen könne (137). Auch wenn eine positive Perspektive schwierig sei – vorderhand komme es darauf an, dass sich dieses Land und Europa nicht zum Mülleiner im „sich abzeichnenden Verfall der amerikanischen Hegemonie“ zur Verfügung stellen (137f.). *Vladimiro Giacché* kommt zu dem Schluss: „Will man ein abschließendes Resümee wagen, könnte man sagen, dass die USA wahrscheinlich den taktischen Sieg davontragen werden – was der Vorbote einer strategischen Niederlage sein könnte. Europa indes wird, wenn seine herrschenden Klassen nicht zu Würde und Weitsicht zurückfinden, sowohl eine taktische als auch eine strategische Niederlage erleiden.“

Gleich mehrere Beiträge (*Dörre, Jason Moore, John Bellamy Foster*) greifen den 1980 von E.P. Thompson geprägten Begriff des „Exterminismus“ auf. Fos-

ter erweitert den auf einen drohenden Nuklearkrieg zielenden Exterminismus-Begriffs Thompsons: Anders als dieser müsse man heute von einem „zweifachen Exterminismus“ sprechen, nämlich von dem der „ökologischen Krise und der nuklearen Vernichtung“ (162). Dörre bezieht sich auch auf Balibar, der 2022 schrieb, jeder Krieg sei auch ein „Krieg gegen die Erde“ (105). Moore unterstreicht: „Der Ukraine-Krieg ist nicht nur ein Ergebnis des Endes der billigen Natur, sondern verstärkt kurzfristig den kapitalogenen Klimawandel.“ (157) Foster: „Wie der nukleare Winter bedroht er [der Klimawandel] die Zivilisation und den Fortbestand der menschlichen Gattung.“ (171)

Dem Revival der Doktrin der nuklearen Abschreckung hält Dörre entgegen, dieser Krieg senke „dramatisch“ „die Schwelle für eine Auseinandersetzung, die mit Atomwaffen geführt wird“ (93). Gegen die heute wieder zahlreichen Beschwichtiger im bellizistischen Mainstream unterstreicht er eine Kritik, die auch schon die marxistische Friedensforschung in den 1980er Jahren entwickelte: „Die Doktrin nuklearer Abschreckung beruht auf einer Ansammlung von unbewiesenen Glaubenssätzen, deren Wirkmächtigkeit einzig und allein darin wurzelt, dass ihre empirische Verifizierung qua Definition ausgeschlossen bleibt.“ (103)

Diese „für die globalen Mensch-Natur-Verhältnisse verhängnisvollen Kriegsfolgen“ (230) sind auch Thema im Beitrag von *Wolfgang Fritz Haug*. Er setzt sich dabei mit *Herfried Münkler* auseinander, dem tonangebenden Hofideologen der bellizistischen Eliten, der unverdrossen die zerfledderte Fahne des amerikanischen Zeitalters hochhält und der nicht nur den „Freunden des Friedens“ hierzulande, sondern auch den Ländern des Globalen Südens entgegenhält, der „Traum“ einer „weitgehend pazifizierten Weltordnung“ sei „ausgeträumt“ (238). Aber die „erhofften Partner des Globalen Südens (...) entziehen sich der Parteinahme an der Seite des Westens und streben nach einer multipolaren Weltordnung“. „Die Idee des Aufmarsches zu einem neuen Kalten Krieg erfüllt sie mit Grausen“, wie der brasilianische Präsident Lula demonstriert habe (245f.). Ob sich daraus Hoffnung für die um Orientierung ringende Friedensbewegung schöpfen lässt, muss sich zeigen. Die Frage kann derzeit kaum beantwortet werden, und insgesamt widerspiegelt das aktuelle Heft einen Debattenstand, in dem für die linke Positionierung zum Krieg viele Fragen offenbleiben. Die Streitfragen sind aber benannt – kein schlechter Ausgangspunkt für weitere sicherlich kontroverse, aber hoffentlich sachliche und konstruktive Debatten.

Jürgen Reusch